

Dieter Kopetz (Hg.): Perspektiven für die Medien in den neuen Bundesländern

Hamburg, Münster: Lit-Verlag 1991, 201 S., DM 29,80

Der Titel des Sammelbandes führt ein wenig in die Irre. Nicht um mögliche Szenarien der ostdeutschen Medienentwicklung ging es den Teilnehmern einer Seminartagung vom Dezember 1990 in Berlin. Sondern um eine Darlegung der medienrechtlichen und institutionellen Bedingungen, unter denen sich die Medienlandschaft und der Journalismus in den fünf neuen Ländern wandelten und der bundesdeutschen Medienordnung 'kompatibel' gemacht wurden.

Hinterher ist man immer klüger. Diese Weisheit gilt besonders für Beurteilungen der deutsch-deutschen Wiedervereinigung im allgemeinen

und des Zusammenwachsens der beiden deutschen Mediensysteme im besonderen. Mehrere Beiträge beleuchten den Transit, in dem sich die Rundfunkmedien der DDR im Jahr 1990 befanden. Die Autorinnen und Autoren beschreiben die Arbeit der neugegründeten Institutionen wie Medienkontrollrat, Mediengesetzgebungskommission und Fernsehrat. Sie mußten erkennen, daß weder Ideen noch juristische Regelungen von damals in die auf dem Einigungsvertrag beruhende gesamtdeutsche - die größer gewordene westdeutsche - Medienordnung eingegangen sind. Wie die einzelnen Aufsätze zeigen, gilt dieser Befund für die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Aufsichtsgremien im Rundfunk, für die Föderalisierung von Hörfunk und Fernsehen, für presse- und kartellrechtliche Bestimmungen und für die Werbevorschriften im Radio und auf dem Bildschirm gleichermaßen. Der im Laufe des Jahres 1991 gefundene Zuschnitt der ostdeutschen Rundfunkanstalten mit Mitteldeutschem Rundfunk, Ostdeutschem Rundfunk Brandenburg und dem seit 1. Januar 1992 zum Sendegebiet des NDR gehörenden Mecklenburg-Vorpommern sowie der hohe Anteil von 'Wessis' in deren Führungspositionen bestätigen diese Einschätzung nachträglich. Weitere Studien gelten der Zukunft des RIAS sowie den Zusammenhängen zwischen der deutschen und der europäischen Rundfunkordnung, insbesondere auf rechtlichem Gebiet.

Die rasanten Veränderungen in Deutschland zwangen Verfasser und Herausgeber zur Eile. Die Referate der Tagung vom Dezember 1990 ergänzte Dieter Kopetz im Januar 1991 um das Vorwort, rund zwei Monate später erschien der Band im Buchhandel. Diese Beschleunigung ist dem Buch nicht bekommen. Die redaktionelle Leistung bestand anscheinend darin, Texte aneinander zu reihen und auf jegliche Korrektur zu verzichten. Und so strotzt das Buch vor sachlichen und orthographischen Fehlern.

Da wird auf S.15 Klaus Schütz (ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin) mit Walter J. Schütz (Pressestatistiker) verwechselt. Der Name des Rundfunkbeauftragten, Rudolf Mühlfenzl, steht falsch geschrieben auf S.36. Der Beschluß der DDR-Volkskammer über die Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit wird einmal auf den 2. (statt auf den 5.) Februar 1990 datiert (vgl. S.36). Der Auslandssender Radio Berlin International (RBI) gehörte organisatorisch nicht, wie auf S.75 behauptet wird, zur Station "Stimme der DDR". Die gängige Abkürzung für die Union der Europäischen Rundfunkanstalten lautet "UER" und nicht "UEB" (S.111).

Im Literaturverzeichnis werden identische Artikel an verschiedenen Stellen erfaßt: einmal unter dem Titel der Zeitung, einmal unter dem Titel des Beitrages. Bei einer bekannten Verfasserin wie Marie-Luise

Kiefer fehlt - entgegen der sonst üblichen Systematik - der Vorname (vgl. S.144). Der Rechtsexperte Edgar Kull und die Journalistin Sigrun Richter finden ihre Namen jeweils in zwei Varianten in der Bibliographie vor. Leitende Journalisten wie Fritz Pleitgen vom WDR (vgl. S.148) und Joachim Sobotta (vgl. S.151) von der *Rheinischen Post* sind falsch geschrieben. Die Fülle solcher Fehler, der offenkundig überstürzten Fertigstellung des Sammelbandes geschuldet, beeinträchtigt die Lektüre erheblich. Und sie weckt Zweifel an der Genauigkeit, an der sorgfältigen Recherche bei dem grundsätzlich begrüßenswerten Vorhaben, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Mediensysteme juristisch, kommunikationswissenschaftlich und medienpolitisch zu begleiten.

Rolf Geserick (Marl)